

MODERNE VERWALTUNG MEISTERN

Warum schafft die Politik den Bürokratieabbau nicht?

Eine Kolumne von Dr. Gisela Meister-Scheufelen

Die Bürokratie wird von der Wirtschaft inzwischen als größter Wettbewerbsnachteil bezeichnet, noch vor dem Arbeitskräftemangel und den Energiekosten.

Die Bürokratiekosten der Wirtschaft durch Bundesgesetze betragen inzwischen 65 Mrd. Euro. Obwohl sich die meisten Politiker darüber einig sind, dass hier dringender etwas getan werden muss, gibt es so gut wie keine Fortschritte. Warum nicht? Fehlt es an einem ernsthaften politischen Willen?

Fehlt es an politischer Kraft, schwierige Probleme lösen zu können? Sind die Widerstände innerhalb der Ressorts seitens der Ministerialbürokratie zu groß?

Mit dem Bürokratienteilnahmegesetz IV hat die Bundesregierung

zumindest gezeigt, dass sie das Thema anpackt und mit einer Entlastung von knapp einer Mrd. Euro auch vorankommt. Gleichwohl ist dies weder ein Durchbruch noch eine spürbare Entlastung, da gleichzeitig vom Bund und insbesondere von der EU deutlich mehr noch an Bürokratiebelastung hinzugekommen ist.

Politik ohne Steuerungskraft

Das Gesetz ist das einzige wirksame Instrument der Politik und das ist systemisch eigentlich immer mit zusätzlicher Bürokratie verbunden. Wer z. B. klimapolitische oder sozialpolitische Ziele umsetzen will, braucht Regeln. Dabei herrscht die Vorstellung vor, dass Bürokratieabbau und notwendige klima- und sozialpolitische Standards einander grundlegend widersprechen. Das ist falsch. Schlanke, praxistaugliche und wirksame Gesetze würden der Politik erst die Steuerungskraft verleihen, die sie braucht, um ihre Ziele durchzusetzen.

Inzwischen ist die Entlastung der

Wirtschaft auch ein Thema, das Wahlergebnisse verbessern kann.

Dass wir das einzige größere Land Europas sind, das sich in einer Rezession befindet, hat auch eine wesentliche Ursache in der Überbürokratisierung.

Expertengremien helfen

Politik, die Arbeitsplätze und Wohlstand sichern will, ist gut beraten, das Entlastungsthema organisatorisch zu institutionalisieren. Hilfreich sind:

- unabhängige Regierungsgremien wie Normenkontrollräte im Bund und mehreren Bundesländern,
- Kooperationsgremien von Landesregierungen und Verbänden wie eine Entlastungsallianz (Baden-Württemberg) oder ein Bündnis gegen Bürokratie (Hessen),
- externe Prüfstellen bei Wirtschaftskammern wie die Clearingstellen in NRW und Niedersachsen oder

• regierungsinterne Instanzen wie die Ernennung eines Entbürokratisierungsministers in Hessen.

Letztlich helfen all diese Institutionen aber nur dann, wenn Regierung und Parlament ernsthaft an Bürokratievermeidung und -abbau interessiert sind. Solange neue Gesetze als Leistungsnachweis und Kontrollmechanismen, Perfektionismus und unbedingte Einzelfallgerechtigkeit als politische Messlatte verstanden werden, wird es keine Entlastung geben.

Bewährte und neue Umsetzungsstrategien

Selbst wenn eine Regierung fest entschlossen ist, Bürokratie abzubauen, wird sie dies nicht mit bloßer Ansage oder Verabredung im Koalitionsvertrag erreichen. Hier gilt es, eine Umsetzungsstrategie zu finden, mit der so viel Druck aufgebaut wird, dass die Widerstände innerhalb der Ressorts, der Regierungsfractionen, der Verbände sowie im föderalen

System überwunden werden können. Quantifizierte Bürokratieabbauziele, wie sie 2006 beschlossen wurden, sind ein guter Ansatz. Die Bundesregierung hatte sich 2006 vorgenommen, 25 Prozent der Bürokratiekosten der Wirtschaft zu senken. Dies war mit einer Entlastung in Höhe von zwölf Mrd. Euro bis 2011 gelungen. Aktuell entsprechen 25 Prozent 16 Mrd. Euro. Welch ein kostenloses Konjunkturprogramm! Wie sich heute zeigt, war dies aber nicht nachhaltig. Es hat keine Eigengesetzlichkeit begründet. Dies liegt wesentlich daran, dass kein Kulturwandel vollzogen wurde: „Culture eats strategy for breakfast“ (Peter Drucker). Das Verhältnis von Staat und Bürger muss neu austariert werden.

Der Staat muss dem Bürger mehr vertrauen: mehr Eigenverantwortung, mehr Freiheit für die Unternehmen, mehr Gelassenheit. Wenn der Staat seinen Bürgern nicht mehr vertraut, muss er sich nicht wundern, wenn auch die Bürger ihm nicht mehr vertrauen.



Dr. Gisela Meister-Scheufelen ist Dozentin, Autorin und ehemalige Vorsitzende des Normenkontrollrats Baden-Württemberg.

Foto: BS/privat